

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto:  
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altkadt

Leserpreis: freibleibend einschließlich Bringerlohn vom 16. bis 31. August  
600 000.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 260 000.— M.  
Einzelnummer 100 000.— M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 4gepalt. Nonpareilzeile 100 000.— M., auswärts  
120 000.— M., die 8gepalt. Reklamezeile 400 000.— M., auswärts 500 000.— M.,  
Ausland 400 000 u. 1 200 000 M. Bei mehrmal. Aufgabe Ermäßig. Familien-  
anzeigen, Stellen- u. Mietanzeigen 40 Proz. Rab. Für Briefniederleg. 40 000 M.

Nr. 201

Dresden, Mittwoch den 29. August 1923

34. Jahrg.

## Offenes Tor zur Verständigung

Als der passive Widerstand im Ruhrgebiet zu Beginn des Frühjahrs seinen Höhepunkt erreicht hatte, im Saargebiet und im Pas de Calais die Bergarbeiter streikten, außerdem in Frankreich ein großer Teil der Hochöfen gelähmt und der Eisenbahnverkehr eingeschränkt werden mußte, forderte die Sozialdemokratie die Ausnutzung dieser psychologisch günstigen Gelegenheit durch eine aktive Außenpolitik. Die von Helfferich stark beeinflusste Regierung Cuno lehnte das Verlangen nach einem weitgehenden Angebot ab und verhalf den Besatzungsmächten in ihrer Kurzsichtigkeit so zu jener Position, die sie heute im Ruhrgebiet einnehmen. Es wäre widersinnig und hiesse das deutsche Volk betrügen, wollte man heute noch behaupten, daß Frankreich einen Teil dessen, was es erreichen wollte, nicht erreicht hätte. Unsere Reichsfinanzen und die allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse liefern keine angenehmen Beweise für die Auswirkungen der französischen Politik und mahnen, alles zu tun, um den Ruhrkonflikt zu einem Ende zu bringen, das für Deutschland erträglich ist.

Die Exekutive der Arbeiter-Internationale hat inzwischen den Weg zur Verständigung ebnen helfen. Auf eigene Rechnung entsandte sie auf mehrere Wochen ihren Sekretär, den Genossen Tom Shaw, in das Ruhrgebiet. Er sollte an Ort und Stelle Feststellungen über die Lage machen und gleichzeitig prüfen, welche Möglichkeiten es zur Beendigung des Konfliktes gibt. In dem von Tom Shaw gelieferten Bericht, den wir an anderer Stelle gesondert wiedergeben, wird, soweit es sich um praktische Möglichkeiten zur Lösung des Ruhrkonfliktes handelt, das ausgesprochen, was zum Teil in großen deutschen Bevölkerungsschichten längst Gemeingut ist, jedoch aus Pflichtgefühl gegenüber dem Vaterlande meist nicht so offen geäußert wurde. Es ist richtig, daß die Bevölkerung des Ruhrgebietes zu einem vernünftigen Kompromiß jederzeit bereit ist und sich ebenso wie die Bevölkerung des unbesetzten Gebietes damit abgefunden hat, daß die Besatzungsmächte ohne vorherige Regelung des Reparationsproblems das Ruhrgebiet nicht wieder verlassen werden. Es trifft außerdem zu, daß die deutsche Arbeiterschaft und mit ihr die gesamte Bevölkerung des Ruhrgebietes nicht abgeneigt ist, den passiven Widerstand aufzugeben, sobald Frankreich sich durch eine Formulierung bereit erklärt, die Ausgewiesenen zurückzulassen und die Gefangenen freizugeben sowie allgemeine Sicherheiten für Leben und Existenz der Bevölkerung bietet. Am Dienstag wurde nach Berliner Meldungen diese Auffassung erneut als die Meinung der Ruhrbevölkerung von deren ordnungsmäßigen Vertretung, dem Abwehrausschuß der besetzten Gebiete, der sich aus allen Bevölkerungsschichten rekrutiert, in einer Sitzung beim Reichskanzler bestätigt. Der Wille, das Letzte, was menschlich möglich ist, zu tun, um den Welterschütternden Wirtschaftskrieg im Ruhrgebiet zu beenden, ist nicht aus der Auffassung geboren, daß wir sonst kapitulieren müssen, sondern muß als neuer Beweis für den Verständigungswillen unserer Volksmehrheit gewertet werden. Schwierige Wirtschaftsverhältnisse bedingen wohl Einschränkungen, nicht aber ohne weiteres eine Kapitulation. Das sollte Herr Poincaré gerade bei der Verlauf des Weltkrieges beweisen.

Durch die Stellungnahme des Exekutivkomitees der Arbeiter-Internationale zum passiven Widerstand und durch die von uns hierzu eingenommene Haltung ist auch für die bisher noch einzig offene Frage, die ausschließlich eine Regelung nach dem Willen der Ruhrbevölkerung erfahren kann, eine Möglichkeit zur Lösung gezeigt. Was will Frankreich jetzt noch mehr, nachdem die deutsche Regierung und mit ihr die im Westen Deutschlands im Abwehrkampf stehende Bevölkerung ihre Karten vollkommen aufgedeckt haben? Wir wiederholen: An der Ruhr ist man zur Beendigung des passiven Widerstandes bereit, wenn der Bevölkerung für ihre fernere Existenz Zusicherungen gegeben werden und Frankreich Gewähr dafür leistet, daß die Produktion sofort in einem Rahmen wieder aufgenommen wird, der die zukünftige Lebensmöglichkeit aller im Ruhrgebiet ansässigen Volksgenossen sichert. Diese Gewähr erblickt die Arbeiterschaft vor allem in der Zurücklassung der Ausgewiesenen und der Freilassung der Verhafteten. Werden diese Sicherheiten gegeben — und das kann in einer Form geschehen, die das französische Volkstag wahr — dann steht dem Verzicht auf den passiven Widerstand nichts mehr im Wege, und dann sollte man annehmen, wäre selbst nach französischer Auffassung die Zeit für Verhandlungen gekommen. Als Verhandlungsgrundlage hat der deutsche Reichskanzler in großen Zügen bereits ein Programm entworfen, dem Herabsetzen sicherlich keinesfalls im Wege stehen. Die Reichsregierung ist demnach bereit, „produktive Pfänder“ zu bieten, die dem Ertragswert der von Poincaré ausschließlich an der Ruhr geforderten Pfänder entsprechen, sich aber auf das ganze Deutsche Reich erstrecken. Ueber die Höhe der als Entschädigung zu zahlenden Summen ist Deutschland, nach der Regierungserklärungen, ebenfalls zu Verhandlungen und Zugeständnissen bereit.

Gibt es noch bessere Beweise für den festen deutschen Verständigungswillen? Poincaré hat immer wiederholt, daß er die Verständigung will und das Ziel seiner Politik darauf hinausläuft, Deutschland zum Zahlen zu veranlassen. Weder eine Verständigung, noch die Möglichkeit zum Zahlen erreicht er aber mit der Fortsetzung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr, dessen Ausdehnung in nicht absehbarer Zeit schließlich einmal zum vollkommenen Chaos führen

muß. Nur durch Verhandlungen sichert er die Rechte Frankreichs, nur durch Verhandlungen, nicht durch das Chaos erhält er „produktive Pfänder“ und ermöglicht er schließlich Deutschland auch das Zahlen.

### Die Regierungspolitik im besetzten Gebiet

In der Reichskanzlei fand am Dienstag, wie der Sozialdemokratendienst aus Berlin meldet, eine Besprechung des Reichsstaatssekretärs, des Reichsministers des Innern, des Reichsfinanzministers und des Reichsministers für die besetzten Gebiete mit dem Abwehrausschuß aller besetzten Gebiete über die allgemeine Lage in den Grenzschutzgebieten und die Befriedigung der von der im Abwehrkampf stehenden Bevölkerung geäußerten Wünsche. Außerdem wurden vom Reichskanzler im Laufe des Nachmittags mehrgedehnte Vertreter der Wirtschaft aus dem besetzten Gebiete in Gegenwart mehrerer Reichsminister empfangen. Die Besprechungen, die mehrere Stunden dauerten, ergaben volle Einmütigkeit über die von der Regierung zu befolgende Politik.

### Sonderverständigung der Industrie?

Wieder einmal häßlichen Gerüchte über bereits angebrochene Verhandlungen zwischen der deutschen Industrie und französischen Politikern durch die Welt. Herr Stinnes jun. soll sich in den letzten Tagen in Wiesbaden mit maßgebenden französischen Wirtschaftsexperten über die Verwaltung des rheinischen Eisenbahnnetzes durch fremde Kapitalien unter Beteiligung des deutschen Privatkapitals ausgesprochen haben. Von amtlicher Seite glaubt man, diese Behauptungen als falsch bezeichnen zu dürfen. Ob das stimmt, steht dahin. Jedenfalls sollte die Reichsregierung mit der deutschen Wirtschaft, die bei jeder Gelegenheit das Bedürfnis hat, sich zu erklären, wenn es nichts kostet, national zu gebärden, keinen Streifsel darüber lassen, daß ausschließlich die Regierung und kein anderer die Interessen des deutschen Volkes gegenüber einer andern Macht zu vertreten hat. Das ist erforderlich, um die zur Erleichterung der Lösung des Ruhrkonfliktes eingeleiteten Schritte des Kabinetts nicht zu durchkreuzen. Diese Schritte haben nach amtlicher Angabe den Zweck, eine direkte Verständigung unter Beteiligung Englands herbeizuführen.

## Die Steuerfronte

Allenhalben erhebt sich jetzt Ach- und Wehgeschrei über die neuen Steuern. Von allen Seiten kommen Behauptungen, daß man die Steuern nicht zahlen könne, daß man zugrunde gehe. In der Presse war gemeinlich worden, daß der Kleinhandel beabsichtige, als Protest gegen die Steuerlasten die Läden zu schließen. Dazu erklären nun der Reichverband des Deutschen Nahrungsmittelgroßhandels und der Reichsverband der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler in einem Schreiben, daß sie derartigen Plänen fernstünden. Dann aber wird weiter gesagt, daß die Veräuflichung über den Streik des Kleinhandels als ein „verzweifelter Ausschrei eines gequälten Standes aufzufassen“ sein dürfte. Der Nahrungsmittel-Großhandel und der Einzelhandel befinden sich in einer bedrückten Lage. Er habe den größten Teil des Betriebvermögens verloren und werde durch die neuen steuerlichen Auslagen nahezu der letzten Eigenmittel beraubt. Die Regierung sollte die schwierige Lage des Lebensmittelhandels mehr berücksichtigen und es ihm nicht unmöglich machen, seine volkswirtschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Das heißt also auf deutsch: die Regierung soll dafür sorgen, daß die Lebensmittelhändler ihre Steuern entweder gar nicht oder erst nach längerer Zeit in entwertetem Gelde zu zahlen brauchen. Es ist bekannt, daß ein Teil des Handels, besonders des Einzelhandels, jetzt in nicht gerade glänzender Lage ist, und es kann sein, daß es dem einen oder dem andern Kaufmann heute schwer fällt, die Steuern auszubringen. Trotzdem muß dringend verlangt werden, daß die Finanzbehörden sich auf seine Zugeständnisse einstellen. Wenn wirklich der eine oder der andere Händler infolge der Steuern sein Geschäft zumachen möchte, so wäre das kein großes Unglück. Wir haben sowohl im Großhandel wie im Einzelhandel einen Ueberfluß an Händlern, und wenn die Steuern dazu führen würden, daß sich ein Reinigungs- und Ausschleibungsprozeß vollzöge, so wäre das eine volkswirtschaftlich sehr gute Nebenwirkung der neuen Steuern, mag auch der einzelne, der seine Existenz nicht mehr aufrechterhalten kann, noch so viel Mitleid verdienen. Aber diejenigen Kreise, die jetzt über die Gefährdung ihrer Existenz jammern, haben sehr wenig danach getrachtet, was aus den vielen Leuten geworden ist, die durch die fortschreitende Geldentwertung in den letzten Jahren ihre Existenz verloren haben. Man denke nur an die große Zahl der häufig nicht mehr erwerbsfähigen Rentner, die durch die Entwertung unseres Geldes um ihr kleines Vermögen gekommen sind.

Hebrigens sind wir ja gewohnt, daß unter allen Umständen geschrien wird, wenn Steuern gezahlt werden sollen. Wir wollen erst einmal abwarten, ob wirklich durch die Steuern, die angeflüchtete der Geldentwertung gar nicht besonders hoch sind, irgend jemand gezwungen sein wird, sein Geschäft zu schließen. Das Einkommen vieler Händler ist ja auch bei der Steuererhöhung nicht voll erhöht worden, so daß sie ihre Steuern für ein viel geringeres Einkommen zahlen, als sie in Wirklichkeit gehabt haben.

## Belgien fördert ein Näherkommen

Nach Brüsseler Meldungen hat der belgische Minister des Äußeren, Jaspar, am Dienstag dem englischen Botschafter die Antwortnote der belgischen Regierung auf die englische Note vom 11. August übergeben. Soweit der Inhalt in der belgischen Presse bekanntgegeben wird, zeigt die Note einen milderen Ton, der auf den Wunsch nach Verständigung hindeutet. Die belgische Regierung hofft auf gemeinsame Vereinbarungen der Alliierten und legt dann ausführlich eine Anzahl Punkte dar. Sie erklärt:

Die Befreiung des Ruhrgebietes trägt in den Augen Belgiens nach wie vor den Charakter einer einfachen Forderung. Für den Fall, daß der Widerstand eingestellt werde, sei die schrittweise Rückkehr zur Lage vom 10. Januar vorgesehen. Das Pfand könne Gegenstand interalliiertester Kontrolle werden.

Dieses Zugeständnis, daß man bei Wiederaufnahme der Reparationslieferungen das Ruhrpfand freigegeben und sich mit andern Pfändern unter interalliiertester Kontrolle begnügen werde, scheint das Bedeutsamste an der Note zu sein. Zugleich gibt Belgien zu, daß die deutsche Schuld herabgesetzt werden könne, doch wünsche es die belgische Priorität. Zugleich möge die Frage der interalliierten Schulden und die Sicherheitsfrage gelöst werden.

Nach Londoner Meldungen habe die belgische Antwort in England einen besseren, verständlicheren Eindruck gemacht, als die französische, obgleich die Pariser Presse behauptet, Poincaré stimme der belgischen Note „herzlich“ zu. Die Stellungnahme der englischen Regierung ist noch nicht erkennbar.

Jedenfalls scheint die belgische Stellungnahme ein Näherkommen zu Verhandlungen zu begünstigen. Entscheidend bleibt jetzt, daß die deutsche Regierung eine klare innere Konsolidierungspolitik betreibt, die als Grundlage und Voraussetzung der Verständigung überall angesehen wird.

Gabenslein ist immer noch nicht erledigt. Er schädigt immer noch die deutsche Finanzwirtschaft und spielt gegenüber dem gemäßigten Reichsminister Großmann den Herrn im Hause. Die Ergebnisse der Abstimmungen der Angehörigen aller Reichsbankstellen Deutschlands liegen jetzt vor. Die Mehrheit für den Streik gegen die Mahregelung ist erdrückend. Wieland haben die Filialen einstimmig die Arbeitsniederlegung beschlossen, meist über und bis zu 90 Prozent. Offenlich gelangt es, Gabenslein so rasch zu befeitigen, daß auch ohne Streik die Aufhebung der Mahregelung Großmanns erfolgen kann.

Neben den Händlern schreien besonders unsere Agrarier über die Steuern. Die Kreisgruppe Stolp des Pommerischen Landbundes veröffentlicht in der Zeitung für Pinterpommern eine Erklärung, in der es heißt:

„Schaffe sich jeder ein reines Gewissen: Wer Zahlungsmittel hat oder sie sich ohne Verschleuderung seines Eigentums verschaffen kann, ist verpflichtet, nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit Steuern, insbesondere das Ruhrpfand, zu bezahlen. Aber niemand kann und uns zu Leistungen zwingen, die im wesentlichen überhaupt unmöglich sind. Jeder beschaffe sich Beweismittel, die die Unmöglichkeit rechtzeitiger Zahlung darzutun geeignet sind. Sollte die Regierung es unternehmen, von den Verpflichteten, trotz nachweisbarer Zahlungsunmöglichkeit Strafbeiträge zu verlangen, wird sie sich dem geschlossenen Widerstand aller erwerbsfähigen (1) Landwirte gegenübersehen, die es erzwungen werden, daß man ihr Eigentum nicht Forderungen zum Opfer bringt, die jeder vernünftigen und wirtschaftlichen Ueberlegung widersprechen.“

Was für die Händler gilt, trifft für die Landwirte in erhöhtem Maße zu. Auch hier wird das Einkommen bei der Steuererhöhung nur unvollkommen erhöht und in Pinterpommern, wo die Agrarier ja einen starken Einfluß auf die Behörden haben, dürfte das in besonders hohem Grade der Fall sein. Die hinterpommerschen Agrarier werden also wahrscheinlich auch durch die Vervielfachung der Steuerlasten nicht allzu arg betroffen werden, weil die Summe, die auf Grund der neuen Gesetze vervielfacht wird, sehr niedrig ist. Die Herren aus Pinterpommern verweisen darauf, daß viele Landwirte jetzt, wo die Ernte eben erst begonnen hat, kein Geld haben.

Mit Recht wird bemerkt, daß in der Presse darauf hingewiesen, daß die Landwirte ihre Schulden meist losgeworden sind. Bei einem guten Willen wird es den Landwirten, die wirklich durch Verkäufe das nötige Geld für die Steuerzahlung nicht aufbringen können, ohne weiteres möglich sein, den nötigen Kredit zu bekommen. Man muß wünschen, daß die Finanzverwaltung hart bleibt und sich durch das Geschrei der Steuerflüchtigen in keiner Weise beeinflussen läßt.

## Deutschnationale Hochverräter

Die Deutschnationale Volkspartei hat im Reichstag ihre Zustimmung zu den neu beschlossenen Steuererhöhungen gegeben. Diese Haltung erfolgte nicht in der Absicht, den Untergang unseres Volkes zu verhindern, sondern lediglich mit dem Zweck, die wankende bankrotte Regierung der „Rechnung“ mit Cuno an der Spitze zu retten. Die Politik war verfehlt. Cuno stürzte — und heute sehen wir die Deutschnationalen, die den Steuererhöhungen ihre Zustimmung geben, als eifrige Verfechter der Interessen des Steuerbefreiungsbankrotts. Ueberall lassen ihre Verbände und Wirtschaftsprüfungsausschüsse gegen die neuen Steuermaßnahmen, die noch unter Cuno Geseh wurden, und von allen Ecken kommen die gefährlichsten Angriffe gegen die neue Regierung. Jetzt tritt